

*Regierung und FARC hatten im September 2015 den 23. März 2016 als Datum für die Unterzeichnung des Friedensabkommens in Aussicht genommen.*

*Obwohl die Verhandlungen Anfang 2016 auf gutem Weg sind, kommen Zweifel auf, ob sich dieser Termin halten lässt.*

*Dazu das Magazin SEMANA am 16.1.2016:*

### **Wird der Friedensvertrag am 23. März unterschrieben?**

Der Weg zum Frieden ist unumkehrbar, aber es ist fast unmöglich, die Frist einzuhalten. Das Jahr 2016 begann in guter Atmosphäre zur Verhandlung über die großen Themen, die noch ausstehen, aber der Zeitfaktor wird zum größten Feind.

Am 31. Dezember 2015 um 8 Uhr am Abend, als sich die Delegation der FARC in Havanna auf die Neujahrsfeier vorbereitete, kam ein Anruf aus Anapoima, Departement Cundinamarca, für den obersten Chef der Guerrilla, Timoleón Jiménez, genannt „Timochenko“. Am Telefon war Juan Manuel Santos, Präsident der Republik. Nach einer höflichen Begrüßung, informierte Santos Timochenko, er sei weiterhin der Ansicht, dass der 23. März der Termin für die Unterzeichnung des Friedensvertrags sein solle. Aus diesem Anlass könnten sich zwei der wichtigsten Führungspersönlichkeiten der Welt einfinden. Santos nannte keine Namen, aber man weiß, dass eine davon Präsident Obama ist und die andere UN-Generalsekretär Ban Ki-Mun oder Papst Franziskus.

Der Anruf war eine Art Aufhänger, damit der FARC-Chef dieses Datum in Erinnerung behalten sollte, das im vergangenen Jahr in Kuba vereinbart wurde, als der Tagesordnungspunkt „Justiz“ abgehandelt schien. Aber am Verhandlungstisch wurde dieser Punkt dann wieder eröffnet, und erst im Dezember 2015 kam es zum Abschluss, weswegen die Guerrilla den 23. März 2016 in Frage stellte, an dem alle anderen offenen Punkte abgeschlossen sein sollten.

Zum Datum sagte Timochenko weder Ja noch Nein. Er sagte nur, die Unterhändler arbeiteten daran, dieses Ziel zu erreichen, obwohl die noch offenen Themen von großer Tiefe und Komplexität sind: Die Beendigung des Konflikts, die Bestätigung durch die Bevölkerung, die Umsetzung und die Vorbehaltsklauseln. Dabei ist es nicht unmöglich, das Ziel zu erreichen, denn es gibt förderliche Faktoren. Zuerst ist es das positive Klima zwischen den Delegationen zu Beginn der neuen Verhandlungsrunde. Zweitens scheint es ausgemachte Sache zu sein, dass man bis März ohne Verhandlungspause arbeiten will. Drittens haben Unterkommissionen die Klärungen bereits vorangebracht und schließlich sind die Regierung und die FARC sich im Klaren, dass die Zeit drängt, und das gilt nicht nur für Santos.

Die Befürchtung der FARC ist, dass sich der Zeitdruck in ein Damoklesschwert verwandeln könnte, das sie zwingt, fertigen Vorschlägen der Regierung zuzustimmen. Sie fürchtet, wenn man den 23.3. verpasst, werde das ganze Land sie für diese Frustration verantwortlich machen und weniger die Umstände, die zur Verzögerung beim Kapitel „Justiz“ geführt hatten, was ihr ohnehin prekäres Image weiter schädigen würde. Und wenn es die FARC war, die damit angefangen hatte, die zeitlichen Erwartungen zu dämpfen, dann wegen der noch weit voneinander entfernten Positionen beider Seiten in den noch zu verhandelnden Punkten.

### **Der Waffenstillstand**

In dieser Woche, während in Havanna man sich wieder in Klausur begab, kamen aus der Region Llanos de Yarí Nachrichten, dass dort eine Verschärfung der Kampfhandlungen zwischen FARC und Staatsmacht stattfindet. Man spürte die Ungewissheit, dass sich der militärische Zwischenfall ausweiten und das überall spürbare Gefühl, der Krieg gehe zu Ende, verloren gehen könnte. Daher

besteht größte Eilbedürftigkeit bei allem, was mit einem beiderseitigen und endgültigen Waffenstillstand in Zusammenhang steht.

Bis jetzt ist eines der wichtigsten Verhandlungsergebnisse das Einverständnis beider Seiten über die Verifikation eines Waffenstillstands durch die UNO und ihren Sicherheitsrat. Das Verfahren dazu ist auf gutem Weg angesichts der Erklärungen von Ban Ki-Mun, der erklärte, Kolumbien habe 2016 für die UNO Priorität.

In anderen Aspekten der Verifizierung gibt es jedoch noch Differenzen. Die FARC ist der Meinung, auch andere Organisationen, wie CELAC (Gemeinschaft der lateinamerikanischen und karibischen Staaten), sollten beteiligt werden und vor allem, dass ein Monitoring durch nationale Personen und Organisationen-zivile wie staatliche- stattfinden müsse. Die Regierung ist der Meinung, dass so etwas dazu führen könnte, dass Zwischenfälle während des Waffenstillstands, die man nicht ausschließen könne, dadurch politisiert werden könnten, was zur Folge hätte, dass politischer Druck ausgeübt oder den Beteiligten die Legitimität aberkannt werden könnte.

Andererseits gibt es bereits Vorvereinbarungen darüber, was unter „Feuereinstellung“ zu verstehen ist zwischen den Militärapparaten beider Seiten und was unter „Feindseligkeiten“ in Bezug auf Angriffe auf die Zivilbevölkerung. Auch hat man Fortschritte gemacht bei der Erstellung einer Liste der im internationalen Sprachgebrauch sog. „verbotenen Handlungen“, die enthält, was sowohl Guerrilla als auch Militär tun dürfen und nicht tun dürfen, solange die Feuereinstellung andauert, und sie schließt die Aufzählung der Orte ein, an denen das gelten soll.

Gleichwohl gibt es kritische Punkte, in denen die Positionen noch weit auseinander liegen. Der erste betrifft die Konzentration. Präsident Santos hat das Parlament zu Sondersitzungen einberufen, um das Gesetz über die Öffentliche Ordnung zu ändern. In der Vergangenheit, als der Krieg das einzige Schicksal des Landes zu sein schien, und als das Gespenst von Caguán (Entmilitarisierte Zone, die unter Präsident Pastrana der FARC überlassen worden war, A.d.Ü.) durchs Land geisterte, hatte man dieses Gesetz modifiziert, um künftig entmilitarisierte Zonen zu verbieten wie auch die Aussetzung von Haftbefehlen gegen Guerrilleros in bestimmten Zonen. Aber der Friedensprozess braucht derartige Örtlichkeiten. Die Regierung denkt an etwa sieben solcher Zonen, entsprechend den Blöcken der FARC-Truppen. Sie stellt sie sich vor als voneinander isolierte Zonen, klein und nur von kurzer Dauer mit der einzigen Absicht, die Niederlegung der Waffen zu garantieren und möglichst wenig Konfliktstoff zu generieren. Die FARC hat etwas ganz anderes im Sinn. Ihr gefällt nicht die Konzentration im Stil „Viehcorral“, sondern sie denkt an die „Verfügbarkeit von Gelände“, dort wo sich heute ihre Fronten (territoriale Einheiten) aufhalten, das sind fast 80 solcher Gelände. Sie versteht diese Verfügbarkeit als Möglichkeit zur Interaktion mit dort ansässigen Gemeinschaften, räumt aber ein, dass dieses Verfahren ein sehr strenges Monitoring impliziert sowie die Erstellung von Inventarlisten der dort vorhandenen Waffen, die den Verifikatoren vor der Niederlegung der Waffen übergeben werden müssten.

Die FARC glaubt ferner, dass der Vorschlag der Schaffung sog. „Sondergebiete zur Schaffung des Friedens“ (Terrepaz), an den eigentlich eher zur Reintegration ehemaliger Kämpfer gedacht war, als Zonen für die Niederlegung der Waffen dienen könnten. „Wir werden uns nicht demobilisieren, sondern uns politisch mobilisieren“, sagen sie. Sie fassen Reintegration nicht auf als die Gewährung eines Stipendiums oder die Stellung eines Taxis und auch nicht als psychologische Unterstützung. Sie betrachten sie als kollektives, produktives und politisches Projekt.

Die Regierung glaubt ihrerseits an die Schaffung voneinander getrennter Zonen der Konzentration für die Entwaffnung, die Reintegration und den Aufbau des Friedens. Und falls es zu den Terrepaz kommen sollte, dann sollen diese nur für Guerrilleros sein, die schon vorher entwaffnet wurden.

Aber es gibt Beobachter, die glauben, dass es zwischen beiden Positionen Zwischenpunkte gibt, an denen man sich treffen könnte und dass sich die Standpunkte annähern könnten.

Das andere schwierige Thema ist die Versorgung der Kombattanten in der Zeit zwischen Waffenstillstand und Entwaffnung. In fast allen vergleichbaren Friedensprozessen hat normalerweise der Staat die Versorgung der Rebellengruppen übernommen, während diese nach dem Waffenstillstand in bestimmten Gebieten konzentriert waren. So verfuhr auch die Regierung von Álvaro Uribe mit den Paramilitärs in Ralito. Aber für die FARC ist dies nicht akzeptabel, weil sie der Meinung ist, sie übergebe dann ihre politische Autonomie an die Regierung. Sie schlägt eine Dreierformel vor. Es soll ein Fonds gebildet werden, der gemeinsam von FARC, Regierung und internationaler Gemeinschaft gemanagt werden soll. Da es sich um eine große Summe handeln wird, sollte auch geprüft werden, ob eine ausländische Regierung oder Organisation diese Kosten übernehmen kann.

### **Die Niederlegung der Waffen**

Im September einigten sich Santos und Timochenko, dass die Entwaffnung zwei Monate nach Unterzeichnung des Schlussabkommens beginnen soll. Das heißt, wenn man den Schlusstermin 23. März hält, werden schon im Mai die ersten Guerrilleros die Waffen abgeben. Die FARC hat erklärt, es werde sich um eine fortschreitende Waffenniederlegung handeln. Das hat Logik, aber da sie auch wissen, dass niemand in Kolumbien es tolerieren wird, dass sie bewaffnet Politik machen, müssen sie sich für einen Prozess von Monaten und nicht von Jahren entscheiden, wenn sie sich rasch in eine politische Bewegung oder Partei verwandeln wollen.

Die FARC hat auch betont, sie übergebe ihre Waffen nicht an die Regierung. Alle früheren Guerrillabewegungen in Kolumbien haben ihre Waffen an internationale Missionen übergeben, die sie dann zerstörten. Es kann diesmal keine Ausnahme geben. Möglicherweise einigt man sich auf eine Gruppe von Staaten, die die Waffen in Empfang nehmen und in sicheren Depots bewachen werden, während entschieden wird, was mit ihnen geschehen soll.

Das Problem ist, dass die FARC aus Gründen der Wahrung ihrer Würde keine Fotos von der Übergabe der Waffen wünscht und auch keine Zeremonie wie seinerzeit die M19. Aber das wird die öffentliche Meinung nur schwer verkräften. Nun könnten die politischen Ereignisse dazu führen, dass die FARC in dieser Frage umdenkt. Ohne eine transparente Niederlegung der Waffen wird die Guerrilla schwerlich in der Politik akzeptiert werden, und eine geheime Übergabe könnte sich als Bumerang für ihre eigene Glaubwürdigkeit erweisen. Hoffentlich kann man sie in diesen Monaten davon überzeugen, dass die Würde ihres Kampfes begründet ist in den Ideen, die sie hervorgebracht hat und nicht in ihren Waffen, die so viel Schaden angerichtet haben. Die Niederlegung der Waffen ist vielleicht der Punkt, der im Land das größte Misstrauen hervorruft. Viele Leute glauben, die Guerrilla werde einige der Waffen behalten, weil sie sich verraten fühlt. So hielt es die FMLN in El Salvador, deren Reservearsenal erst entdeckt wurde, als die Kämpfer schon voll in die Politik eingestiegen waren, und diese zeigten große Scham. Dieser Verdacht brachte Carlos Antonio Lozada, Mitglied des Oberkommandos, zum Lächeln und er sagte: "Das wäre absurd".

Die FARC erklärt, sie sei bereit zur Übergabe bis zur letzten Patrone. Aber so sollten auch der Staat und das Establishment verfahren, damit sich die Geschichte des Paramilitarismus nicht wiederholt und es müsse Garantien für die Exkombattanten, die Territorien und die zukünftige politische Bewegung geben.

## **Das Dilemma der Paramilitärs**

Während die Regierung meint, in Kolumbien gäbe es keine Paramilitärs, sondern einfach nur kriminelle Banden, die Gewalt anwendeten zum Betreiben illegaler Geschäfte und nicht aus ideologischen Gründen, stellt sich das für die FARC nicht so dar. Zwar erkennt auch sie das Phänomen der Banden, ist aber der Meinung, diese bestünden fort infolge der Korruption, die nicht nur in den Streitkräften, sondern auch im politischen System herrsche. Die FARC meint, es bedürfe eine Pilotprojekts in einer Region, in der die kriminellen Banden sehr stark sind, z.B. in Tumaco, um zu beweisen, dass mit mehr Transparenz im Handeln der staatlichen Institutionen es möglich ist, diese Strukturen aufzulösen.

Sie ist der Ansicht, dass es im Land politische und wirtschaftliche Eliten gibt, die zur Gewalt greifen, um ihre Geschäfte und korrupten Netzwerke zu erhalten oder aber aus purer Intoleranz. In der Tat steht auf der Agenda in Havanna die Verpflichtung des Staates, diese Art von Gewalt zu stoppen. Sie sind überzeugt, dass der Paramilitarismus eine Mentalität darstellt, die in vielen Teilen der Gesellschaft verwurzelt ist und dass es nicht allein von Santos abhängt, dass diese Gewalt verschwindet und dass dies nicht von heute auf morgen passieren wird. „Wie sind nicht so verbohrte, dass wir glaubten, dass dieses Monstrum wie eine Marionette funktioniert“, sagt Lozada. Deshalb setzten sie auf einen großen nationalen Konsens, dessen Hauptslogan ein „nie wieder Waffen in der Politik“ sein müsse. Das wäre ein Pakt, der des Dialogs mit verschiedenen gesellschaftlichen Sektoren bedarf, auch solchen, die am radikalsten gegen den Frieden sind, und er bedarf auch einer Regierung, die bereit ist sich zu bewegen. Die Regierung weiß, dass das größte Risiko für den Friedensprozess darin liegt, dass ein Morden an den dann bereits entwaffneten Mitgliedern der FARC beginnt bzw. an ihrer Basis in den Regionen, in denen die FARC stark ist. Das hängt nicht so sehr davon ab, wie viele Bodyguards gestellt werden, sondern mehr davon, dass der Hass deaktiviert wird, der in den vielen Jahren des Krieges gesät wurde.

Schließlich hat man noch vor, aus Punkt 3 der Agenda über eine Regelung zu verhandeln, wie mit den bereits jetzt in Haft befindlichen FARC-Mitgliedern zu verfahren ist. Obwohl Santos vor zwei Monaten die Begnadigung von 30 solchen Häftlingen ankündigte, wurden diese bisher nicht freigelassen, und die Frage hat sich zum offenen Konflikt zwischen beiden Verhandlungsparteien entwickelt. Über Twitter teilte die Guerrilla mit, nachlässige Beamte hätten das Verlassen der Gefängnisse verhindert. Humberto de la Calle, Chefunterhändler der Regierung, erwiderte in einer Zeitungskolumne, die FARC verstehe nicht, wie eine Demokratie funktioniert. Dies ist ein kleiner Vorgang, der einen Eindruck davon gibt, wie kompliziert es ist, bereits Vereinbartes in die Praxis umzusetzen.

## **Der Kalender der Politik**

Ist man Optimist, dann kann man trotz des zuvor Gesagten annehmen, dass in wenigen Wochen ein Datum für die Unterzeichnung des Schlussabkommens festgelegt werden könnte, wenn man den Turbo zündet. Aber auf dem Tisch liegen noch Themen von großer Tragweite: Die Bestätigung durch die Bevölkerung und die Umsetzung des Vereinbartes. Die FARC akzeptiert keine Volksabstimmung, weil das eine einseitige Maßnahme sei und weil sie glaubt, daraus erwachsen keine ausreichenden Garantien, dass die Vereinbarungen eingehalten werden. Aber es scheint, sie ist auch nicht völlig dagegen. Sie betrachtet es mehr als weitere Möglichkeit der Legitimation des Friedensprozesses und weniger als eine Absicherung der geschlossenen Vereinbarungen.

Das andere große Fragezeichen, das über Havanna steht, bezieht sich darauf, wie die legislative Abwicklung der Vereinbarungen vor sich gehen soll. Die Regierung glaubt, dass, wenn erst einmal die Vereinbarungen durch ein Plebiszit bestätigt wurden, sich ein Sonderausschuss des Kongresses dieser Problematik annehmen wird, wobei der FARC irgendeine Möglichkeit zur Mitwirkung eingeräumt werden soll, mit Rede- aber ohne Stimmrecht. Aber auch das ist nicht gerade der Traum der

Guerrilleros. Sie bestehen auf einer Art Verfassunggebender Versammlung, die den Raum für die Herstellung der Normativität darstellen soll und die ihre Grundlage in dem zuvor erwähnten nationalen Pakt haben soll. Also ein politischer Pakt und ein verfassungbildender Mechanismus, um die Vereinbarungen von Havanna umzusetzen, aber nicht um sie zu verändern. Anders als früher ist dies keine sture Haltung mehr. Die Verhandlungsmitglieder der FARC betonen, sie seien offen für die Suche nach gangbaren Formeln. Das sagt auch die Regierung. Sie hat außerdem angeregt, die juristische Unterkommission, die Ende letzten Jahres dabei half, das Abkommen über die Justiz aus dem Sumpf zu ziehen, weiterbestehen zu lassen, um bei Fragen der Volksbeteiligung und der gesetzestechnischen Umsetzung zu beraten.

Bis zum 23. März zu einer Unterschrift zu kommen, ist nicht leicht, aber auch nicht unmöglich. Aber mehr als je zuvor hängt alles ab vom politischen Willen der Verhandlungsparteien. Beide Seiten wissen, dass der 23. März kein schicksalhaftes Datum ist, und dass der Friedensprozess nicht enden wird, wenn dann noch nicht unterschrieben werden kann. Beide wollen ein Abkommen von Qualität. Aber eine Vertagung gäbe den Gegnern der Verhandlungen Munition, sie würden erneut Misstrauen säen, vor allem gegenüber der FARC, und sie könnte Präsident Santos viel von seinem Manövrierspielraum nehmen, den er benötigt, um den Frieden voranzubringen. Fazit: Sie sollten sich lieber beeilen.